Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunist[ischen Internationale] / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche [Rundschau] / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis [illegible] Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familien-anzeigen 0,20 R[illegible] -zeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annah[illegible] -ags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhof-straße 2 / Die „[illegible]stimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 31. Juli 1928 — Nummer 177

GAS GAS
In Granaten weittragender Geschütze
In Bomben von Flugzeugen über Städten abgeworfen
ist die Hauptwaffe im kommenden Krieg
Demonstriert mit uns am
4. August gegen Kriegsgefahr und die Kriegstreiber

SPD-Bündnis mit dem Faschismus

Reichsbanner, Stahlhelm, Jungdo und Militärvereine in einer Front! — Sie bauen ein gemeinsames Ebert-Hindenburg-Haus in Holzminden — Severings Zukunft liegt „auf den Schultern der Deutschen Turner"

Im Zeichen der Volksgemeinschaft

So mancher sozialdemokratische Arbeiter, der diese Ueberschrift liest, wird sagen: „Das ist ja unglaublich". Damit wir jeden Zweifel sofort zerstreuen, bringen wir hier den Wortlaut eines Aufrufes, den die gesamte Holzmindener Presse aller Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, veröffentlicht. Dieser Aufruf ist ein Symbol für den Geist der Koalitionspolitik. Und so, wie der gemeinsame Aufmarsch von Stahlhelm und Reichsbanner beim Ozeanfliegerempfang in Bremen die letzte Demonstration des neudeutschen Imperialismus in Wien, auf der Löbe begeisterte Reden für ein Groß-Deutschland hielt, keine einzelnen lokalen Angelegenheiten waren, so ist auch die Verbrüderung zwischen Reichsbanner und den faschistischen Organisationen keine lokale Angelegenheit von Holzminden. **Was sich in Holzminden abgespielt hat, das ist die Einheitsfront zwischen Reichsbanner und Faschismus unter dem Kommando der imperialistischen Kriegshetzer und ihrer sozialdemokratischen Agenten.** Die Begeisterung der bürgerlichen Presse über das sozialdemokratisch-faschistische Bündnis und das Zustandekommen des Ebert-Hindenburg-Hauses und dieses Aufrufes beweist, daß sie darin eine starke Unterstützung der Koalitionspolitik erblickt. Wir sind überzeugt, bei den Arbeitern wird das Gegenteil der Fall sein. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter den Skandal in Holzminden erfahren, wird bei ihnen Empörung und Erbitterung die Antwort auf die volksgemeinschaftliche Verbrüderung in Holzminden sein. Die SPD-Presse hat merkwürdigerweise kein Interesse an der Verbreitung des Reichsbanner-Stahlhelm-Auftrages in Holzminden. Die Dresdner Volkszeitung, die ihre Spalten täglich mit Kommunistenhetze und mit allen möglichen Lügen über die Kommunistische Partei füllt, verschweigt schamhaft dieses Dokument, das den Weg der SPD zum Sozialfaschismus kennzeichnet.

Um so notwendiger ist es deshalb, diesen schändlichen Aufruf der Arbeiteröffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Er lautet:

„Von dem Wunsche beseelt, jenseits aller trennenden, weltanschaulichen, politischen und wirtschaftlichen Schranken den Gedanken der Einigung aller Volksgenossen zu einer großen Volksgemeinschaft zu fördern, haben die unterzeichneten Verbände zusammen mit den städtischen Behörden beschlossen, als Sinnbild dieses Einigkeitsgedankens ein Wahrzeichen zu Ehren der Repräsentanten der deutschen Republik, unserer Reichspräsidenten, zu errichten. Dieses Gedächtnismal soll die Form eines Torhauses haben, das den Durchbruch vom Tünneckenhagen zum Bauschulplatz überbrückt.

Wir richten an die Einwohnerschaft Holzmindens die herzliche Bitte, sich einmütig hinter uns zu stellen, die wir als die ersten in Deutschland den Willen zu einigender Tat zeigen. Wir wollen ja keinen Luxusbau, kein Denkmal ohne inneren Wert und Zweck. Wir wollen mit unserem Gedächtnismal den beiden großen Problemen unserer Zeit dienen: der Sorge um unsere Jugend und der Bekämpfung der Wohnungsnot.

Mögen darum in richtiger Erkenntnis und Würdigung unseres Wollens Holzmindener Einwohner, jeder nach seinem Können, durch Geldspenden dazu beitragen, das edle Werk zu fördern, das nach seiner Vollendung den Namen unserer Heimatstadt in alle deutschen Lande hinaustragen wird, als der ersten Stadt, wo Gegensätze sich einten im Gedanken an wahre Volksgemeinschaft, an die Einheit unseres deutschen Vaterlandes ...

Die Sammlungen werden von den Angehörigen der unterzeichneten Verbände ausgeführt und beginnen in etwa zwei Wochen.

Holzminden, den 28. Juli 1928.

Reichsbanner Schwarzrotgold, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Jungdeutscher Orden, Vereinigte Militärvereine, Rat der Stadt und Stadtverordnetenversammlung."

Zur gleichen Zeit, da dieser Aufruf veröffentlicht wurde, ging die große schwarzrotgoldene Demonstration des neudeutschen Imperialismus in Köln, das 14. Deutsche Turnfest zu Ende. Bei dem Vorbeimarsch der faschistischen Turner vor der Ehrentribüne, auf der neben dem Hauptvorstand der Deutschen Turnerschaft der Kriegsminister General Heye, Konteradmiral Pfeiffer, Generaldirektor Duisberg, Oberbürgermeister Adenauer, auch der sozialdemokratische Innenminister Severing Aufstellung genommen hatten, kam es zu einer großen nationalistischen Kundgebung. Nach übereinstimmenden Berichten des sozialdemokratischen Zentralorgans und der Telunion hielt Severing eine große Rede, in der er u. a. sagte: „Die Turner sollten aber nicht nur gute Turner, sondern auch gute Staatsbürger und gute Weltbürger werden. Der heutige Aufmarsch sei der Aufmarsch einer Friedensarmee (!!!) gewesen und als solche könnte die Deutsche Turnerschaft am besten Deutschlands Zukunft dienen." (!) Mit dieser Rede unterstreicht Severing nochmals die erbärmliche Handlungsweise der sozialdemokratischen Führer, die sich nicht schämen, an jedem nationalistischen Rummel aktiv teilzunehmen. Das Dokument von Holzminden, Löbes Rede in Wien, Jörgiebels Verbot der Antikriegsausstellung in Berlin, und die Rede Severings in Köln, beleuchten den Weg der SPD zur großen Volksgemeinschaft und die Umwandlung des Reichsbanners in eine sozialfaschistische Schutzgarde des Trustkapitals besser als tausend Artikel. So zeigen sich die SPD-Führer in ihrer wahren Rolle als Koalitionsbrüder der deutschen Bourgeoisie und als Preisfechter des neudeutschen Imperialismus. Im Namen der Koalitionsregierung begrüßt Severing die reaktionäre nationale Turnerschaft und im Interesse der imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie will er den Arbeitern weismachen, daß gerade der Aufmarsch der Deutschen Turner, die als reaktionär, monarchistisch jedem deutschen Arbeiter bekannt sind, der „Aufmarsch der Friedensarmee" sei. In der Tat, es wird nachgerade Zeit, daß sich die SPD-Arbeiter für eine derartige Führerschaft bedanken, endlich die Reihen der SPD und des Reichsbanners verlassen, sich der Roten Klassenfront anschließen. In der Antikriegswoche muß die deutsche Arbeiterschaft unter den Losungen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg auch den unerbittlichen Kampf gegen den sozialfaschistischen Kurs der SPD, der reformistischen Politik der Gewerkschaftsführer und des Reichsbanners führen und muß sich gegen die schwarzweißrotgoldene Einheitsfront, für die Rote Klassenfront des Proletariats entscheiden.

Heraus zur Antikriegskundgebung!

Sonnabend, 4. August, 19 Uhr, auf dem Theaterplatz / Redner: Emil Höllein, M.d.R., Berlin

Arbeiterinnen! Arbeiter! Werktätige!

Am 4. August, dem Tag des Kriegsausbruches 1914, dem Tag, da die SPD die Kriegshetzer durch den Verrat der proletarischen Forderungen unterstützte, gilt es durch

Massendemonstration gegen den imperialistischen Krieg

aufzumarschieren.

In den chemischen Laboratorien wird fieberhaft an der Herstellung von

Giftgas und Bakterien

gearbeitet. Allein in Radebeul bei der Fa. Heyden lagert Phosgen in einer Menge, womit Millionen Menschen vergiftet werden können. Mit Hilfe der SPD-Führer wird der

Panzerkreuzer

gebaut. Mit Hilfe der staatlichen Schlichter und der Gewerkschaftsbureaukratie werden die

Hungerlöhne

der Arbeiter bei fortschreitendem Steigen der Wucherpreise so niedriggehalten, daß die Kapitalisten

riesige Summen für Kriegspropaganda und -rüstung

aufwenden können. Alle legalen und illegalen Vorbereitungen der Kapitalisten seit Jahren sind gegen die Sowjetunion, das Land der Arbeiter und Bauern, gerichtet. Die ganze Hetze gegen die Sowjetunion und die revolutionäre Bewegung der Welt ist nur die Begleitmusik für die Kriegsvorbereitungen und die stärkeren Angriffe auf die Arbeiterklasse, auf die Lebenshaltung, die kulturellen und politischen Interessen des Proletariats.

Proletarier! Augen auf! An allen Ecken der Welt kann täglich ein Massenmorden entbrennen. Tretet an zur Demonstration und bekennt euch zum revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen die schamlose Unterdrückung des Proletariats, gegen den imperialistischen Raubzug der Großmächte in China,

für die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes der Arbeiterklasse, die Sowjetunion,

für die Beseitigung der deutschen Geldsackrepublik!

für die Errichtung einer Regierung der Arbeiter- und Bauernräte in Deutschland!

Das Antikriegskomitee
KPD, RFB, RFMB, KJVD, JSV, RH, IAH, GPF, IV.
Einheitskomitee.

Das Milliardengeschäft mit Kriegsanleihe

Der Betrugsskandal der Trustkapitalisten

Der Riesenbetrug mit Kriegsanleihe, — über die damit zusammenhängenden Verhaftungen haben wir bereits berichtet, — wächst sich zu einem der größten Betrugsskandale in Deutschland aus. Immer klarer tritt dabei die Schuld der verantwortlichen Behörden hervor, die es den gerissenen Gaunern geradezu ermöglichten, daß diese ihre Schwindeleien in einem so ungeheuren Umfange und dabei jahrelang, betreiben konnten. Wie nämlich das Reichsfinanzministerium selbst feststellt, hatte es angenommen, daß ungefähr 20 Milliarden Kriegsanleihe als Altbesitz, die bekanntlich durch das Aufwertungsgesetz eine für die Inhaber 5mal höhere Entschädigung vorsah, als für die, die Kriegsanleihe-Neubesitz besaßen, zur Anmeldung kommen würden. In Wirklichkeit wurden aber nicht 20, sondern über das Doppelte, nämlich 42 Milliarden Kriegsanleihe als Altbesitz angemeldet.

Ueber 20 Milliarden sind also unter betrügerischen Umständen als angeblicher Altbesitz angemeldet worden. Und dieser Riesen betrug, an dem sehr viele bekannte Persönlichkeiten aus der Berliner, deutschen und auch ausländischen Bank- und Börsenwelt beteiligt sind, hat diesen Finanzhyänen, diesen tatsächlichen Beherrschern Deutschlands mindestens schon mehrere hundert Millionen Mark eingebracht. Nach finanzsachverständigen Schätzungen hätte der Riesenschwindel den dadurch beteiligten Betrügern eine Summe von 2,5 bis 3 Milliarden Reichsmark eingebracht, wenn derselbe nicht vorzeitig aufgedeckt worden wäre.

Bekanntlich ist einer der Söhne des Inflationsschiebers Stinnes, an diesem ungeheuren Betrugsskandal beteiligt. Einer Aufforderung, sich zu einer Vernehmung des Untersuchungsrichters in Hamburg einzufinden, leistete er keine Folge, so daß eine zwangsweise Vorführung erfolgen muß. — Wie das Berliner Tageblatt berichtet, ist auch ein früherer **französischer sozialistischer Abgeordneter** an diesem Riesenbetrug beteiligt. Es handelt sich nach Blättermeldungen um den früheren französischen Abgeordneten Tramon, der bekanntlich auch in die ungarische Frankenfälscheraffäre verwickelt war. Der Vorwärts leugnete damals, als man diese „ehrenhafte" Tätigkeit dieses sozialdemokratischen Abgeordneten aufdeckte, mit eiserner Stirn alles ab.

Wie hoch die Gesamtsumme ist, die den Betrügern auf Kosten der deutschen Arbeiter in die Hände gefallen ist, steht noch nicht fest. Wir sagten bereits, daß es mindestens **Hunderte von Millionen** sind. Die Zahl kann leicht **eine Milliarde** erreichen. Das ganze Verhalten der Reichsbehörden und der Staatsanwaltschaft, die in keiner Weise die Oeffentlichkeit über den Gesamtkomplex der Betrügereien informieren, sondern die ängstlich bemüht sind, vorerst alles zu vertuschen, läßt um so eher die Vermutung zu, daß es sich um phantastische Beträge handeln muß. **Die Regierung fürchtet die Aufdeckung und die öffentliche Behandlung dieser Dinge,** weil sie weiß, daß sicher ein groß Teil der Schuld die oberen leitenden Reichsbehörden trifft, die diesem Betrugsskandal lange genug untätig zugesehen haben. Zudem steht fest, daß es sich bei den Betrügern um Leute handelt, die als Bank- und Finanzgrößen über einen ungeheuren wirtschaftlichen und daher auch **politischen Einfluß verfügen, gegen** die man äußerst zahm vorgeht, weil man weiß, **was** sie für eine Macht repräsentieren. Ein Beispiel dafür bietet das Vorgehen gegen den Sohn von Hugo Stinnes. Nach einer Meldung des